

Nushasi 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)

DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık Türk lirası 1.50	R.M. 5.-
Üç aylık " " 4.25	" " 13.-
Altı aylık " " 8.-	" " 25.-
Bir senelik " " 15.-	" " 50.-

Yahut nakabill, haftada 6 defa çıkar.

İdarehane
Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türköp. 44.000.
Telefon: 44.000.
Posta Kutusu: İstanbul 1269.

Türksifre Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krug

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
Nr 1 Monat T. Pld.	1.50	R.M. 5.-
" 3 Monate "	4.25	" 13.-
" 6 Monate "	8.-	" 25.-
" 12 Monate "	15.-	" 50.-

oder Oegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Tekke-Caddesi Nr. 585-587.
Druckanstalt: Türköp.
Fernsprecher: 44.000.
Postfach: İstanbul 1269.

Hitler spricht in München.

München, 24. Februar.

Bei einer Wahlkundgebung der Nationalsozialisten sprach heute Reichskanzler Hitler in der Münchner Ausstellungshalle, die bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Der 5. März — so erklärte der Kanzler — werde nicht darüber entscheiden, was die nationale Regierung tun solle, sondern darüber, was die früheren Regierungen verschuldet hätten.

Die, die jetzt alles auf den verlorenen Krieg zurückführen wollten, hätten damals gar nicht gewollt, daß der Krieg gewonnen werde, denn, so sagten sie damals, wenn Deutschland den Krieg verliert, dann erst wird das deutsche Volk frei und glücklich werden.

Hitler wies darauf hin, daß München für ihn mehr als eine Heimat bedeute. Es sei sein Wille, daß der Sitz der nationalsozialistischen Bewegung, wenn sie einmal das ganze deutsche Volk frei gemacht habe, in München verbleiben solle.

Der Kanzler betonte dann, dass, wenn auch der eine oder der andere sich wieder eine Meinlinie wünsche, dies nicht Bayern sei, oder Süddeutschland, sondern höchstens eine Partei. Er werde Deutschland davor bewahren, daß es unter seiner Kanzlerschaft jemals zerfalle.

Ansprache des Wehrministers an die Münchener Garnison.

München, 23. Februar.

Reichswehrminister v. Blomberg besuchte heute die Münchener Garnison. Nach der Besichtigung hielt der Minister eine kurze Ansprache an die Truppen, in der er erklärte:

Wir Soldaten stehen außerhalb des innerpolitischen Kampfes, wir gehören keiner Partei und keiner Klasse an, sondern gebören dem ganzen deutschen Volk.

Wir Soldaten sind uns der Tatsache bewußt, daß wir die einzige bewaffnete Macht in Deutschland sind und bleiben werden. Hinter uns stehen Millionenmassen, zwar unbewaffnet, aber bereit, mit uns zu kämpfen. Diesen Bund mit diesen Massen wollen wir beizugeln zum Wohl für unser geliebtes deutsches Vaterland.

Am Abend fand zu Ehren des Ministers ein Zapfenstreich statt.

Rede Ismet Paschas

bei der Jubiläumfeier des Halkevi in Ankara.

Ankara, 24. Februar.

Der Jahrestag der Gründung des Halkevi und die Einweihung von 21 neuen Halkevi-Gebäude wurde heute in der Zentrale des Halkevi in Ankara mit großer Feierlichkeit begangen.

Die Feier, die auf die Sender Stambul und Ankara übertragen wurde, begann mit dem Abstieg des Unabhängigkeitsliedes, worauf Ministerpräsident Ismet Pascha, das Wort zu einer immer wieder von ungeheurer Beifall unterbrochenen Ansprache ergriff.

55 Halkevi-Organisationen.

Ismet Pascha betonte zunächst, dass die Zahl der in den einzelnen Städten errichteten Halkevi-Organisationen mit den heute neuzugründenden 65 betrage. Diese großangelegte Organisation sei zu dem Zwecke geschaffen, türkischen Bürgern aus allen Bevölkerungsschichten die Möglichkeit zu geben, ohne Schwierigkeiten und ohne besondere Form zusammenzukommen und das, was sie über das Land, hauptsächlich in kultureller Hinsicht denken, zwanglos zu erörtern.

Die einjährige Erfahrung habe gezeigt, dass man sehr folgerichtig gehandelt habe, als man vor einem Jahr zur Schaffung einer solchen Organisation schritt. An manchen Orten und in der Hauptstadt hätten im Halkevi in einem einzigen Jahr bis zu 120 Versammlungen stattgefunden. Mit anderen Worten, in manchen Halkevi-Organisationen hätten im vergangenen Jahre jeden dritten Tag Zusammenkünfte der Mitglieder stattgefunden, eine Tatsache, die angesichts der kulturellen Bedeutung dieser Zusammenkünfte nicht hoch genug geschätzt werden könne.

Die kulturpolitische Bedeutung des Halkevi.

Ismet Pascha bezeichnete es als einen Beweis des nicht rastenden Fortschrittsdranges des türkischen Volkes, daß die Maße, die bei der Gründung des Halkevi für hinreichend angesehen wurden, in den einjährigen Bestehen dieser Organisation überholt wurden und die bestehenden Halkevi-Organisationen nicht mehr imstande waren, den an sie gestellten Forderungen hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten zu entsprechen, was eine Interesse an dieser Kulturorganisation seit ihrer Schaffung sich sehr gesteigert habe. In dieser Organisation würden die Grundlagen des nationalen und gesellschaftlichen Lebens in Form der Erziehung, des Unterrichts und des Gedankenaustausches immer weiter entwickelt. Die kulturpolitischen Ziele der republikanischen Volkspartei, die durch die Schaffung dieser Einrichtung verfolgt würden, seien die Verbreitung der Wissenschaft, der Technik und der schönen Künste, die dem Volk zugleich die neuesten Ergebnisse in der Politik und Wirtschaft des Landes vermitteln soll.

Die Erweckung einer tiefen Verehrung und Liebe für die schönsten Künste in allen Schichten der Bevölkerung und damit die Schaffung einer sich auf Wissenschaft und Technik stützenden und die schönen Künste liebenden, fortschrittlich gesinnten Gesellschaft sei das Hauptziel dieser Organisation.

Das Halkevi bedeute auch ein Sprachrohr für die republikanische Volkspartei, die damit dem Volke vor Augen führen wolle, welche Grundsätze sie verfolge und was sie bisher geleistet habe.

Diese Grundsätze der Volkspartei seien keine feingeschulten, verpöhlten Grundsatze sondern Tatsachen, die man in ihren glanzvollen Werken wahrnehmen könne, die emsigen Arbeiten und Ringen von jedem Bürger verlangten. Denn, fuhr Ismet Pascha fort, wir wollen keine täuschenden Worte und keine übertriebenen Versprechungen, sondern wir wollen Arbeit, Denken, Wissen und Mühe verlangende Pflichten haben, um unser Schicksal zu meistern. Das Halkevi sei das Zentralorgan der Regierungsvorbereitung tragenden republikanischen Volkspartei, sein Zweck, der Bevölkerung ihre aufbauenden Ziele zugänglich zu machen.

Der Horizont der Welt sei nicht wolkenlos. So friedliebend und vorsichtig auch die türkische Politik sei, gegen alle Möglichkeiten könne man sich nicht schützen. Darum sei die Geschlossenheit des Volkes doppelt bedeutsam, und sie sei auch seiner, Ismet Pascha, Überzeugung verlässlich als die Kraft der bloßen Kriegswaffen.

Wenn wir gestützt sein sollten, wie in der jüngsten Vergangenheit, auch in der Zukunft schwere Prüfungen zu bestehen — und wir sind jeden Tag dazu bereit — so ist die Kraft, die wir uns verschaffen müssen, die Kraft der Einigkeit, die das Volk für sein Ideal schon gezeigt hat und die es nochmal zeigen wird. (starke Beifall)

Ismet Pascha würdigte dann die Arbeiten, die die Organisation des Halkevi in der kurzen Frist ihres Bestehens bewältigt haben.

Hirtenberg.

Am 11. Februar, an einem Samstag erschienen am Wiener Ballhausplatz der französische Gesandte Graf Clauzel und der englische Gesandte Sir Eric Phipps bei Bundeskanzler Dr. Dollfuß. Die beiden Diplomaten überbrachten dem Kanzler mündlich und schriftlich punktweise Forderungen ihrer Regierungen, denen zufolge innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Oesterreich gebrachte alte Waffen — 50 000 Gewehre und 200 automatische Gewehre — entweder an den italienischen Abender zurückgeschickt oder vernichtet sein müßten, worüber die Wiener Regierung eine eidesstattliche Erklärung abzugeben habe. Innerhalb dieser zwei Wochen müsse auch die österreichische Regierung erheben, ob etwa ein Teil der Waffen nach Ungarn gebracht wurde, worüber die beiden Gesandten zu informieren wären. Schließlich behielten sich die interessierten Regierungen vor, den Fall dem Völkerbund zu unterbreiten.

Ueber die Bedeutung dieses diplomatischen Schrittes in Wien gehen die Meinungen auseinander, in Berlin, in Rom, im neutralen Ausland spricht man von einem Ultimatum, von einer geradezu beispiellosen Note. Man bezeichnet sie als ein skandalöses Schriftstück, als einen Akt, der das empörende darstelle, was sich eine Großmacht gegen einen kleinen, wehrlosen Staat seit vielen Jahren habe zuschulden kommen lassen, in Wien selbst lehnt die Presse den Vorgang als eine schwere, grundlose Beleidigung ab, unwürdig in ihrer Tonart und ungebührlich gegenüber einem souveränen Kulturstaat. Soweit Ansichten der Presse in Rom, Berlin, im neutralen Ausland und in Wien. In London ist man, scheinbar verworren durch das unerwartete Weltecho, der Meinung, es habe sich bei dem Schritt der englischen und französischen Regierung nur um eine freunachtsartige Vorstellung gehandelt, das Kauterbüro versichert nach Informationen von zuständiger Stelle, die Note sei keineswegs ein Ultimatum, sie stelle vielmehr ein freunachtsartiges Ersuchen dar. Auch in Paris wird in der Presse versichert, von einem Ultimatum sei keine Rede, wenn man auch Anschuldigungen gegen Oesterreich aufrechterhalte. Und was meint, was will der Initiator dieser Affäre, der Herr tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch?

Zunächst der Standpunkt der österreichischen Regierung: Der Standpunkt der österreichischen Regierung in der sogenannten Waffenaffäre ist unverändert der, daß eine rein kommerzielle Vereinbarung zwischen der Firma Cortese in Brescia und den Fabriken in Hirtenberg und Steyr-Solothurn vorliegt, an der die Regierung keinen Anteil hat. Nach den Friedensverträgen ist die Einfuhr von Waffen nach Oesterreich erlaubt, wenn sie nicht im Lande bleiben oder nicht an einen Ort der sogenannten besiegten Staaten dirigiert werden. Es ist anzunehmen, daß die italienische Firma nach Beendigung der Reparaturarbeiten die ihr gehörigen Waffen, die bedeutenden Wert darstellen, wieder abtransportieren läßt. Die österreichische Regierung selbst kann hierbei nur indirekt Einfluß nehmen, da die Waffen nicht Eigentum des Bundes sind und im gegenwärtigen Stadium keine Verletzung der Friedensverträge vorliegt. Es wird als wahrscheinlich angesehen, daß die österreichische Regierung ungefähr nach Ablauf der gestellten Frist, ohne aber an den Tag gebunden zu sein, den anfragenden Staaten über die in diesem Zeitpunkte gegebene Sachlage Mitteilung machen wird, die sich vor allem auf die in Punkt 1 der französischen Note enthaltene Forderung nach Abtransport oder Zerstörung der Waffen beziehen dürften. Sollte diese Antwort nicht genügen, dann müßte abgewartet werden, welche weiteren Schritte die anfragenden Staaten unternehmen werden. Hierbei käme wohl in erster Linie die Einholung eines Votums des Völkerbundes in Frage, wobei andere Stellen erwägen werden, ob eine Befragung des Völkerbundes im jetzigen Augenblick und in dieser in keiner Hinsicht bedeutenden Sache am Platze ist. Soweit die Hirtenberg.

Deutschlands Verhältnis zu Oesterreich und Ungarn.

Wien, 24. Februar.

Der neuernannte österreichische Gesandte in Berlin, Tauschitz, äußerte sich heute zu einem Pressevertreter über die österreichisch-deutschen Beziehungen.

Gesandter Tauschitz betonte dabei, dass Oesterreich und Deutschland durch gemeinsame Bande des Blutes und der Sprache wie auch durch die geographische Lage aufs engste verbunden seien.

Als besonders dringliche und wichtige Aufgabe bezeichnete Tauschitz die Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich.

Im Rahmen der in der letzten Zeit neu abgeschlossenen Handelsverträge Oesterreichs seien auch die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich berichtigend zu regeln.

Berlin, 24. Febr. (A.A. nach WTB.) Reichskanzler Hitler sprach einem ungarischen Zeitungsberichterstatter gegenüber die Hoffnung aus, daß die alte feste Freundschaft zwischen Deutschland und Ungarn sich auch in der gegenwärtigen schwierigen Zeit bewähren werde.

Hilfspolizei in Preussen.

Berlin, 24. Februar.

Ueber die Organisation einer „Hilfspolizei“ hat der kommissarische preussische Innenminister einen Erlaß herausgegeben, der vom smllichen preussischen Pressedienst veröffentlicht wird.

In dem Erlaß wird darauf hingewiesen, daß die Zunahme der Ausschreitungen von links radikaler, insbesondere kommunistischer Seite zu einer ernstlichen ständigen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit wie auch das Lebens und Eigentums der staatsbewußten Bevölkerung geführt hätte.

Die vorhandenen Polizeikräfte, deren ausreichende Vermehrung augenblicklich nicht möglich sei, nicht genügt, um diesen Zuständen zu steuern, könne auf die Mitarbeit freiwilliger Helfer als Hilfspolizei nicht mehr verzichtet werden.

Der Erlaß bestimmt, unter welchen Bedingungen diese Hilfspolizei unter Führung der ordentlichen Polizei eingesetzt werden könne. Nur ehrenhafte, wahlberechtigte, auf nationalem Boden stehende Männer können als Hilfspolizei verpflichtet werden. Sie werden durch eine Armabde gekennzeichnet sein, unter der Führung von Polizeioffizieren stehen und auf die Dauer ihres Dienstes die Befugnisse der Polizei und Landjägerbeamten erhalten.

Ihre Bestellung bedarf der Bestätigung der zuständigen Regierungspräsidenten in Preussen mit Ausnahme des Kreises Berlin, wo der kommissarische preussische Innenminister die Entscheidung trifft.

Heeresstärke und Kriegsmaterial.

Nadolny-Antrag, abgelehnt.

Genf, 23. Febr. (A.A.) Henderson versprach Nadolny, zum Beginn der Nachmittagsitzung des Hauptausschusses das Wort zu erteilen, fügte jedoch hinzu, es sei ihm unmöglich, über den deutschen Antrag, zu nächst die Frage des Kriegsmaterials zu behandeln, eine Ansprache stattfinden zu lassen, da zuerst die Frage der Heeresstärke erledigt werden müsse.

Genf, 23. Februar.

Der Hauptausschuß der Abrüstungsvertragung lehnte heute den von Nadolny gestern eingebrachten Antrag, die Heeresstärken herabzusetzen und die Begrenzung des Kriegsmaterials für jeden Staat zu regeln, ab.

Für den deutschen Vorschlag stimmte nur Nadolny.

Die meisten Stimmen erhielt der französische Vorschlag, die Heere der Staaten des europäischen Festlandes in eine einheitliche Truppe mit kurzer Dienstzeit und begrenzter Heeresstärke umzuwandeln.

Ein italienischer Vorschlag, der sich an den französischen anlehnte, erhielt nur 5 Stimmen.

Bei der Abstimmung über den französischen und italienischen Antrag enthielt sich Nadolny für Stimmen.

Die nächste Sitzung des Hauptausschusses wurde für Montag nachmittag angesetzt. Es wird dann der zweite Punkt des französischen Planes, die Stellungnahme zu den Kolonialheeren erörtert werden.

Keine Kürzung der Beamtengehälter.

Berlin, 23. Febr.

Gegenüber Gerüchten, daß die Reichsregierung eine Kürzung der Beamtengehälter in Erwägung ziehe, wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß diese Gerüchte vollkommen unzutreffend seien. Derartige Nachrichten würden offenbar verbreitet, um Beunruhigung hervorzurufen. Gegen die Verbreiter solcher Gerüchte werde mit aller Strenge vorgegangen werden.

Das Namensschild der „Emden“

Berlin, 24. Februar.

Montag wird dem Reichspräsidenten das ihm von der australischen Regierung gewidmete Namensschild des deutschen Kreuzers „Emden“ überreicht werden.

Das Schild ist von der australischen Regierung neu hergerichtet und, mit einer ehrenden Inschrift versehen, auf einem australischen Eichenblock angebracht worden.

Preussischer Staatsrat.

Berlin, 23. Februar.

Der preussische Staatsrat erörterte heute die gegenwärtige staatsrechtliche Lage in Preussen.

In der allgemeinen Ansprache wurde eine Reihe von Anträgen behandelt, die vom Verfassungsausschuß vorgelegt waren. Nach längerer Aussprache wurde der Ausschussbericht angenommen.

In diesem Bericht wird ausgeführt, daß durch Auflösung aller kommunalen Vertretungen in Preussen den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechen würden. Das gleiche gelte von der Auflösung des preussischen Landtages. Der Bericht empfiehlt die Auflösung der Wahlkörper von denen der Staatsrat gewählt werde, durch eine Klage beim Verfassungsgerichtshof anzufechten.

Der Bericht wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Kommunisten angenommen.

Die gleiche Mehrheit stimmte auch einem kommunistischen Antrag zu, der u. a. die sofortige Auflösung aller Versammlungs-, Demonstrations- und Presseverbote fordert und sich gegen die Bundesliste des kommissarischen preussischen Innenministers vom 10. und 17. Februar wendet.

Goering zum Zwischenfall in Krefeld.

Berlin, 24. Febr. (A.A. nach WTB.)

Zu dem Zwischenfall in Krefeld erklärte der Reichsminister und Reichskommissar für das preussische Innenministerium, Goering, der Zentrumspartei, er werde eine sehr strenge Untersuchung der bodenrechtlichen Zwischenfälle durchführen lassen. Er habe Maßnahmen ergriffen, um solche Fälle in Zukunft unmöglich zu machen.

Württemberg.

Stuttgart, 24. Februar.

Die württembergische Regierung hat in einem Erlaß an die Beamten darauf hingewiesen, daß die Amtspflichten politischen Auseinandersetzungen in den Dienststräumen verboten.

Inbesondere hätten sich die Beamten abfälliger Äußerungen über die Reichsregierung, die Landesregierung oder über einzelne Regierungsglieder zu enthalten.

Karl Liebknecht-Haus besetzt.

Berlin, 23. Februar.

Das Karl-Liebknecht-Haus wurde heute neuerdings polizeilich durchsucht. Zahlreiches Schriftmaterial wurde beschlagnahmt, in dessen Sicherstellung eine Wache im Hause zurückgelassen wurde.

Zwischenfall bei der Durchsuchung haben sich nicht ereignet.

Berlin, 24. Februar.

Das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin bleibt nach der gestrigen polizeilichen Durchsuchung, bei der zahlreiches hochverwertbares Material beschlagnahmt wurde, bis auf weiteres polizeilich geschlossen.

Wieder ein Toter.

Leipzig, 24. Febr. (A.A. nach WTB.)

Bei Zusammenstoßen zwischen politischen Gegnern wurde eine Person getötet und drei schwer verletzt.

Der Neunzehner-Bericht angenommen.

Japans künftige Einstellung zum Völkerbund.

Genf, 24. Febr. (A.A.)

Der Bericht des Neunzehner-Ausschusses wurde mit 42 gegen eine Stimme angenommen.

Dagegen stimmte nur Japan. Siam enthielt sich der Stimme.

Genf, 24. Februar.

Ueber die künftige japanische Haltung dem Völkerbund gegenüber läßt sich, wie aus Genf gemeldet wird, noch nichts Sicheres sagen.

In Genfer Kreisen rechnet man jedoch nach der Erklärung, die Matsukata heute vormittag nach der entscheidenden Abstimmung abgegeben hat, mit Japans Austritt aus dem Völkerbund.

Fest steht, daß Matsukata morgen Genf verlassen wird. Er begibt sich zunächst nach Holland.

Der japanische Untersekretär des Völkerbundes hat bereits sein Abschiedsgesuch eingereicht. An der Abrüstungsvertragung wird Japan wohl weiter teilnehmen, wahrscheinlich aber nur als Beobachter.

Am Tokio wird gemeldet, daß sich das japanische Kriegsministerium auch für die Abberufung der Abordnung bei der Abrüstungsvertragung ausgesprochen hat.

Die Völkerbundsversammlung selbst hat am Nachmittag die Beratungen über die fernöstlichen Fragen fortgesetzt, ohne Teilnahme Japans.

Es wurde die Einsetzung eines beratenden Ausschusses beschlossen, der aus dem über Ansehen und Hinzunahme einiger weiterer Staaten, insbesondere Rußlands und Amerika gebildet werden soll.

Der Völkerbund will sich als ständig tagend betrachten, das heißt, daß die Völkerbundsversammlung vom Präsidenten jederzeit auf Verlangen dieses beratenden Ausschusses hin einberufen werden kann.

Die Pariser Zeitung „Le Temps“ bedauert die Haltung des Völkerbundes, denn jetzt habe man eine Großmacht aus Genf entfernt, deren Mitgliedschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens unentbehrlich sei.

Vormarsch in Jehol.

Nanking, 23. Febr.

Die Truppen des mandschurischen Senats haben heute auf Befehl des Kriegsministers den Vormarsch nach Jehol angetreten.

Die angekündigte japanische Note wurde heute abend dem chinesischen Außenminister zugestellt. Darin wird die sofortige Räumung der Provinz Jehol von chinesischen Truppen gefordert.

Kai-Ilo von den Japanern besetzt.

Schanghai, 24. Februar.

Aus dem Fernen Osten werden weitere beunruhigende Nachrichten gemeldet. So haben die japanischen Truppen bereits die Stadt Kai-Ilo eingenommen. Ein neues japanisches Flottengeschwader ist heute von Japan aus nach Schanghai abgegangen.

10 Millionen Dollar für die Verteidigung Chinas.

Schanghai, 24. Februar.

Eine Vereinigung chinesischer Bankiers hat der Zentralregierung zur vorläufigen Bestreitung der Kosten für die Verteidigung des Landes einen Betrag von 10 Millionen Dollars zur Verfügung gestellt.

Timur Tsch.

Teheran, 23. Febr. (A.A.)

Der frühere Minister Timur Tsch wird beschuldigt, sich an gewissen Geschäften mit Devisen beteiligt zu haben, die bei der Nationalbank hinterlegt waren.

Die Beschlagnahme seines Vermögens ist angeordnet.

Bulgarisch-jugoslawischer Grenzzwischenfall.

Sofia, 24. Febr. (A.A.)

Die Bulgarische Telegraphen-Agentur teilt mit:

Die jugoslawische Regierung weigert sich, dem Verlangen Bulgariens nach Einberufung des gemischten Ausschusses zur Untersuchung des Mordes an einem Unteroffizier an der bulgarisch-jugoslawischen Grenze zu entsprechen. Vorstern weigerten sich die jugoslawischen Behörden noch die Leiche an die bulgarischen Behörden auszuliefern. Erst gestern fand die Auslieferung statt. Eine Protokolluntersuchung, wie sie für solche Fälle vereinbart ist, fand jedoch infolge der Weigerung der jugoslawischen Behörden nicht statt.

Um Daladiers Finanzvorlage.

Paris, 24. Februar.

Zwischen Senat und Kammer bestehen hinsichtlich der französischen Finanzvorlage Meinungsverschiedenheiten, die sich auf drei Punkte beziehen, nämlich die Herabsetzung der Heeresausgaben, die Beamtenbesoldung und die Steuerkürze für die allgemeine Einkommensteuer.